Die „Vereinigten Staaten von Europa“ und der Euro. Einige Anmerkungen zur aktuellen Debatte

Professor Dr. Karl Wohlmuth, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen


Veranstaltet vom IWVWW e. V. in Zusammenarbeit mit der Leibniz-Societät, Freitag, 11. Mai 2012, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 41
Die „Vereinigten Staaten von Europa“ und der Euro. Einige Anmerkungen zur aktuellen Debatte

Andreas Knorr, Alfons Lemper, Axel Sell, Karl Wohlmuth (Hrsg.):

Materialien des Wissenschaftsschwerpunktes „Globalisierung der Weltwirtschaft“, Bd. 41, Mai 2012, ISSN 0948-3837
(ahemals: Materialien des Universitätsschwerpunktes „Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Internationales Management“)

Bezug: IWIM - Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management
Universität Bremen
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
Postfach 33 04 40
D- 28334 Bremen
Telefon: 04 21 / 2 18 – 66517
Fax: 04 21 / 2 18 - 4550
E-mail: iwimsek@uni-bremen.de
http://www.iwim.uni-bremen.de
Die „Vereinigten Staaten von Europa“ und der Euro. Einige Anmerkungen zur aktuellen Debatte

Professor Dr. Karl Wohlmuth, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen


Abstract

The discussion about the “United States of Europe” is intensified in recent times, in political as well as academic circles. This has various reasons: First, it is considered as necessary to deepen the European integration process because of the fact that various important policy areas are not covered yet. The sovereign debt crisis in Europe shows that fiscal policy is such an area and that fiscal rules may be inferior to a fiscal union. Second, steps towards political unification are considered as vital in order to save the Euro as it turned out that crisis management so far was not successful in Europe. Third, the formation of the G20 group shows that Europe has to unify politically in order to impact on the decision-making processes on world economy and world politics affairs. Experiences over 30 months of hectic crisis management in Europe show that five issues are important and have to be addressed: first, the failure of the European Constitution has quite negative effects on European integration and on crisis management as the Lisbon Treaty is not a full substitute; second, the economic policies in Europe are not coherent as there were no further steps towards a Political Union and especially towards fiscal coordination and federalism; third, the European Central Bank is overburdened with tasks because the balance between various economic policy actors is not granted; fourth, the lack of progress in further and deeper European integration is paralyzing decision-making processes in Europe and is leading to uneven and unsustainable growth patterns; and fifth, the neglect of all
lessons from the “political economy of reform policies” in Europe has impeded seriously the crisis management.

It is shown in this contribution that these five properties of the unfinished European integration process have negative repercussions on Europe, and especially so on the Eurozone and the Euro. Therefore concerted steps towards political unification and towards the project “United States of Europe” are inevitable in order to save the Euro, the Eurozone and the European integration process.
Die „Vereinigten Staaten von Europa“ und der Euro. Einige Anmerkungen zur aktuellen Debatte

Karl Wohlmuth, Universität Bremen

Die Eurokrise und das Projekt „Vereinigte Staaten von Europa“

Zwei Fragen stellen sich derzeit und sind dringend zu beantworten:
Hat es seit der Einführung des Euro Fortschritte beim Projekt „Vereinigte Staaten von Europa“ gegeben, bzw. ist die Integration in Europa in diesen Jahren vertieft worden?
Hat der Euro in Europa als Klammer gewirkt, um den Prozess der Integration zu beschleunigen bzw. das Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ voranzubringen?
Die populistischen Tendenzen bei den Wahlkämpfen in zahlreichen europäischen Ländern sind zu erwähnen, weil zum Teil offen europafeindlich vorgetragen, aber auch der Trend einer Umgehung von gemeinsam inaugurierten europäischen Institutionen durch die Art des politischen Entscheidungsprozesses („Merkozy“) ist äußerst bedenklich. Die sehr langsamen und widersprüchlichen Entscheidungsprozesse in Europa passen auch nicht zu der immer deutlicher erkennbaren Notwendigkeit, die Märkte (vor allem die


---

Wirtschaft und von der Zivilgesellschaft kommen, wobei den Medien eine bedeutende Rolle zukommt.

Was wurde denn seit der Einführung des Euro im europäischen Einigungsprozess real vollbracht? Die EU hat „Business as Usual“ gemacht – es wurden Beitrittsverhandlungen geführt; in manchen Bereichen wurden die Bedingungen des Binnenmarktes verändert und auch vervollständigt; es wurden neue Institutionen gegründet, vor allem im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit und bei der Überwachung der Finanzmärkte; schließlich gab es auf allen politischen Ebenen und in vielen spezifischen Bereichen ein zeitraubendes Krisenmanagement.


Der Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ ist nicht konsequent und nicht kontinuierlich weiter gegangen worden. Die Bewältigung der Eurokrise zieht nun zusätzlich Ressourcen und

findet sich manches über die notwendigen Schritte zur Konvergenz und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, doch ist das leider nicht rückgekoppelt mit der kurz-, mittel- und langfristigen Aktionsebene. Für das Euro-Krisenmanagement wird das daher nicht relevant. Die Euro-Krisenmanager scheinen diese längst existierenden Programme auch nicht weiter zu reflektieren, denn es wird ja inzwischen neben dem Fiskalpakt auch wieder über einen neuen Wachstums- und Stimulierungspakt diskutiert (für den händeringend Ideen gesucht werden!)


---

2 WIKIPEDIA, United States of Europe, Access: 


Die Perspektiven einer Europäischen Politischen Union und das Krisenmanagement in Europa


\[4\] WIKIPEDIA, United States of Europe, Access: 
1. Das Scheitern der Europäischen Verfassung:

Das Scheitern der europäischen Verfassung hat schwerwiegende Konsequenzen für die europäische Integration, insbesondere aber auch für die Richtung und Wirksamkeit der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik gehabt. Wenn auch die These vertreten wird, der dann ausgehandelte Grundlagenvertrag hätte die wesentlichen Inhalte des Verfassungsvertragswerkes gerettet, so stimmt dies nur zum Teil. Die rechtliche Stellung, die gesellschaftliche Verankerung und die politische und ökonomische Wirkung einer Verfassung sind ganz anders zu bewerten. In der EU und auch global wäre die Durchsetzung einer Europäischen Verfassung durchaus als Signal einer Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses gewertet worden. Die Wirtschafts- und Währungsunion hätte einen wesentlichen Anker erhalten. Zudem ist die Verfassung ein Instrument zur Abklärung von Zuständigkeiten und Funktionen, also werden auf der Basis der Verfassung auch Transaktionskosten gespart und Entscheidungsprozeduren beschleunigt und vereinfacht.

Es ging bei der Europäischen Verfassung im Prinzip darum, alle europäischen Verträge durch den neuen Text zu ersetzen. Der Vertrag von Lissabon ist hingegen nur eine Abänderung/Anpassung bestehender EU-Verträge. Es ist im Augenblick nicht absehbar, wann und wie die europäische Verfassungsdiskussion wieder aufgenommen werden könnte. Insbesondere die Bestimmungen in der Europäischen Verfassung über die erweiterte Kooperation in der EU sind wegweisend für die Wirtschaftskooperation und hilfreich für Länder, die schneller im Integrationsprozess vorangehen wollen.


2. Das Fehlen einer kohärenten europäischen Wirtschaftspolitik:

Das Fehlen einer kohärenten Wirtschaftspolitik in Europa wiegt besonders schwer und belastet die Konsolidierung des Projekts „Euro“. Der Blick auf die Politik in den USA zeigt, was Kohärenz heißt und wie diese erreicht werden kann. Der amerikanische Präsident muss, um wiedergewählt zu werden, vor allem eine gute Beschäftigungsbilanz vorweisen. Ungünstige Daten zur Arbeitslosigkeit und zur Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze können die Wiederwahl gefährden. Präsident Obama wie auch vor ihm die Präsidenten Bush Junior und Clinton legen daher besonderen Wert auf einen möglichst flexiblen und abgestimmten Einsatz von Instrumenten der Fiskalpolitik, der Geldpolitik, der Strukturpolitik und der Handelspolitik. Zudem achten sie darauf, dass durch den Einsatz von steuernden Instrumenten in anderen Politikbereichen (Rüstung, Umwelt, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, etc.) die Kohärenz der Wirtschaftspolitik gewahrt bleibt. Das heißt, die Instrumente der Wirtschaftspolitik dürfen nicht zu spät, nicht zu gering dosiert und nicht widersprüchlich eingesetzt werden. Die Fiskalpolitik, die Geldpolitik und die Strukturpolitik müssen also zusammenpassen, dürfen sich nicht gegenseitig aushebeln. Aus europäischer Sicht wirkt der Politikstil in den USA befremdlich, doch immer geht es um möglichst große Kohärenz. Der auch innenpolitisch gewagte Einsatz von Präsident Obama zur Rettung der Autoindustrie, die aus europäischer Sicht gigantischen Stimulierungs-, Rettungs- und Stützungsprogramme nach der Weltwirtschaftskrise von 2008/2009, die komplementäre Liquiditätspolitik des amerikanischen

² Meyer-Rix, Ulf, 2012, Das Euro-Paradox, Stabiler Außenwert trotz innerer Krise, Friedrich Ebert Stiftung, Perspektive, Februar 2012

All diese Möglichkeiten der zentralen Steuerung hat Europa nicht. Es kann nicht schnell auf Krisen reagiert werden; insbesondere können die Instrumente der Fiskalpolitik und der Strukturpolitik nicht schnell, flexibel und widerspruchsfrei angewendet werden. Die zentralen europäischen Institutionen in Brüssel haben allenfalls die Möglichkeit, Koordinationstreffen einzuberufen und Vorschläge für eine koordinierte Fiskalpolitik zu unterbreiten. Sie können auch für andere (noch nicht gemeinschaftlich gestaltete) Politikbereiche Vorschläge machen, wie Krisenerscheinungen koordiniert begegnet werden könnte. Der Weg zum koordinierten Einsatz der Instrumente ist aber sehr lange und mit vielen Unwägbarkeiten und Widersprüchlichkeiten versehen.

Mit Regeln – für einen Fiskalpakt und für einen neu angedachten Wachstumspakt - wird versucht, der europäischen Wirtschaftspolitik ein Stützkorsett einzuziehen, also Koordination und Kohärenz durch Regeln herzustellen. Dies kann aber nicht gelingen, weil niemand da ist, der schnell und kohärent auf Krisen reagieren kann. Alles hängt davon ab, wie die 17 bzw. die 27 Länder die wirtschaftliche Lage beurteilen, ihren internen politischen Handlungsspielraum einschätzen und die Wirksamkeit der möglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen prognostizieren. Der „Fiskalpakt“ ist noch lange nicht durch die Parlamente und schon wird die Diskussion über einen neuen Wachstumspakt eröffnet. Es stellt sich dabei die Frage, ob denn der Wachstumsaspekt bisher übersehen wurde oder ob Wachstumspolitik


Der Blick ist weithin auch nur auf die Budgetdefizite gerichtet, nicht so sehr auf die Schuldenbestände der Staaten. Dies führt zu einem Wettlauf um Sparerfolge zu Lasten des Wachstums, weil der Pfad der längerfristigen Entschuldung unberücksichtigt bleibt. Die Fragen des

---


3. Die systematische Überforderung der Europäischen Zentralbank in der Krise:


Die EZB hat offensichtlich schon Wochen vor dem Barcelona-Ratstreffen am 3. Mai 2012 damit begonnen, ihre Autonomie gegenüber der Politik zurück zu gewinnen und die traditionelle Aufgabe der Inflationsbekämpfung wieder stärker zu betonen. Widerstände gegen weitere Käufe von Staatsanleihen, gegen eine Senkung des Diskontsatzes unter 1% und gegen weitere Liquiditätshilfen an die Banken haben zugenommen; insbesondere die Deutsche Bundesbank bremst diesen Kurs. Der Ball wird wieder an
Dazu kommt, dass Experten der Eurozone schwere Konstruktionsmängel und große politische Koordinations- und Reaktionsprobleme bescheinigen; auch das EZB-System wird zunehmend kritisch bewertet und es wird Reformbedarf angemahnt9.

Als Konstruktionsmängel gelten erstens die unzureichende Überwachung/Regulierung der Finanzmärkte und des Bankensystems und zweitens das Fehlen einer gemeinsamen (föderativen) Fiskalpolitik. Folgen dieser Konstruktionsmängel sind die Gefahr von systemischen Finanzmarktrisiken und die Gefahr von untragbaren Staatsschuldenniveaus. Die gemeinsame Geldpolitik muss – zur Korrektur der Konstruktionsmängel - insbesondere durch eine gemeinsame Fiskalpolitik (möglicherst auf föderativer Grundlage) ergänzt werden. Wie das organisiert werden kann, das ist offen, doch kommen auf Brüssel neue Aufgaben zu. Darüber hinaus ist die Finanzierung der EU neu zu überdenken; insbesondere geht es um den für eine Antikrisenpolitik notwendigen EU-Finanzierungsrahmen und um die Finanzierungsbasis durch eigene Finanzquellen (Stichwort: Finanztransaktionssteuer oder Börsenumsatzsteuer).


European Economic and Monetary Union, Review and Prospects of a Unified Currency, Berlin: LIT Verlag Dr. W. Hopf


---


4. Der lähmende Stillstand bei der Vertiefung der europäischen Integration:


Der Stillstand bei der Vertiefung der europäischen Integration kann auch in Bezug auf die fünf (5) Dimensionen der ökonomischen Globalisierung verdeutlicht werden. Die Techno-Globalisierung, die Finanz-Globalisierung, die Handels-Globalisierung, die Globalisierung der Arbeitsmärkte und die Globalisierung der industriellen Wertschöpfungsketten erfordert sehr dringend von der EU eine pro-aktive Mitgestaltung der Globalisierung der Weltwirtschaft. Die Dynamik des EU-Raumes und letztlich auch die zukünftige Rolle des Euro werden von dieser Fähigkeit zur Mitgestaltung der Globalisierung - auch im erweiterten

---

14 Verhofstadt, Guy (2006), Die Vereinigten Staaten von Europa, Manifest für ein neues Europa, Grenz Echo Verlag, Eupen
gesellschaftlichen Sinne von J. Habermas - abhängen. Die Gestaltung der Globalisierung der Weltwirtschaft in diesen fünf Bereichen der ökonomischen Seite der Globalisierung kann aber nur gelingen, wenn die Europäische Politische Union konsequenter angesteuert wird. Allenfalls im Bereich der Handels-Globalisierung gibt es gestaltendes Potential der EU, kaum aber in den anderen vier (4) Bereichen. Anders formuliert, die Zukunft des Euro wird auch durch die Möglichkeit bestimmt, diese fünf Bereiche der ökonomischen Globalisierung zu beeinflussen\(^1\). Das erfordert aber schnelle politische Schritte, um über die bereits gemeinschaftlich organisierten Bereiche (Handel, Währung, Binnenmarkt) hinausgehen zu können. Sowohl in Bezug auf die Techno-Globalisierung, die Finanz-Globalisierung und die Globalisierung der Arbeitsmärkte als auch in Bezug auf die Globalisierung der industriellen Wertschöpfungsketten sind nennenswerte Fortschritte in der EU-Politik nicht erkennbar, die eine aktivere Gestaltung auf globaler Ebene möglich machen könnten. Analysiert man all die Faktoren monetärer, finanzieller und realwirtschaftlicher Art und auch jene in der Erwartungsbildung, die den Wechselkurs des Euro bestimmen können, etwas genauer, dann zeigt sich, über welche Transmissionskanäle die oben diskutierten fünf Kern-Politikbereiche und die fünf Dimensionen der Globalisierung auf den Wechselkurs des Euro einwirken\(^2\). Insgesamt ergibt sich ein besonderes Krisen- und Gefahrenpotential, wenn die Rückwirkungen der Globalisierung auf die EU und auf die Kernpolitikbereiche nicht ernst genug genommen werden.

---


5. Das Fehlen einer planvollen Krisenbekämpfungsstrategie in der Eurozone:


nicht der Eindruck von Ernsthaftigkeit bei den Reformen entstehen. Die Märkte haben dieses Verhalten als Aktionismus abgestraft.


**Zehntens** müssen Programme des Krisenmanagements ausreichend finanziert sein, um glaubwürdig und wirksam sein zu können, was für die zahlreichen Rettungsprogramme bzw. Krisenfonds der EU bzw. der Eurozone nach Meinung der meisten internationalen Experten (und auch der Experten der EU-Kommission in ihren Vorschlägen) nicht zutrifft. Die Märkte wurden daher auch nicht nachhaltig beeindruckt. Auch in dieser Hinsicht wurden Vorschläge der EU-Kommission und Empfehlungen der internationalen Finanzexperten überhaupt nicht ernst genommen.

**Elftens** muss ein Antikrisenprogramm schnell und engagiert umgesetzt werden, insbesondere von neuen Regierungen, wenn sie erfolgreich agieren wollen. Die Periode der „Ausnahmepolitik“ muss möglichst kurz gehalten sein, da sonst die Unterstützung für Reformen bröckelt. So hat Lettland im ersten Jahr der Reformen 60 Prozent der Anpassungsleistungen erbracht, aber Griechenland nur 30 Prozent. Mehr als das geforderte Minimum muss daher getan werden, um Reformen erfolgreich durchzusetzen.

**Zwölf tens** sind fiskalische Reformen vor allem auf schnell wirkende Ausgabenkürzungen und weniger auf Steuererhöhungen zu stützen, doch müssen die Ausgabenkürzungen und die Steuererhöhungen selektiv und planvoll sein, um den Prozess der Strukturreformen von Anfang an zu unterstützen. Zudem müssen die Maßnahmen als sozial ausgewogen und als gerecht empfunden werden. Soziale

\[\text{Aslund 2011, op. cit., S. 2}\]
Sicherungssysteme müssen daher im Kern erhalten werden. All das ist offensichtlich in Griechenland nicht geschehen; die Bevölkerung hat den alten Parteien/Eliten auch nicht zugetraut, so ein Programm zu entwickeln und durchzusetzen. Die „Troika“ wurde als verlängerter Arm der alten Parteien/Eliten gesehen. Insofern kann ein neues Programm nur mit neuen Personen und neuen Parteien initiiert werden.


**Erstens** zur Dimensionierung der Maßnahmen im Krisenmanagement. Die sogenannte Powell-Bernanke-Geithner-Doktrin (PBG) vom stark dimensionierten Einsatz der Politikreformen und der komplementären Finanzmittel, um die Märkte vom Reformprogramm zu überzeugen, kann in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Die These der PBG-Doktrin ist es, durch Überreaktion der Politik die Überreaktion der Märkte zu bekämpfen/ja zu brechen. Europa hat hingegen den Weg einer geringen Dosierung und einer nur langsamen Erhöhung des Interventions- und Finanzierungsrahmens für die Antikrisenstrategie gewählt und ist damit gescheitert. Märkte haben

---

21 General Powell ging strategisch davon aus, dass Kuwait am schnellsten befreit werden kann, wenn Material und Personal überdimensioniert vor Ort verfügbar sind, so dass Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Operation gar nicht erst aufkommen.

\textsuperscript{22} Vgl. dazu Re-Define, n. d., op. cit.
**Schlussbemerkungen**

In politischen und in akademischen Kreisen wird wieder stärker über das Projekt „Vereinigte Staaten von Europa“ diskutiert. Dies hat mehrere Gründe:

*Erstens* geht es darum, die Integration in der Europäischen Union zu vertiefen, also wichtige Politikbereiche, wie die Fiskalpolitik, gemeinschaftlich zu organisieren. Der Hintergrund dafür ist die eskalierende Staatsschuldenkrise in europäischen Ländern, da offensichtlich die bisher existierenden fiskalischen Regeln nicht gegriffen haben.

*Zweitens* geht es darum, den Euro und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu retten, also über das hektische Krisenmanagement hinauszugehen, das in den letzten Jahren vorherrschte. Durch eine Mehr an Europäischer Politischer Union sollen die Fundamente der Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt werden.

*Drittens* wird eine Europäische Politische Union als Voraussetzung für eine stärkere Rolle in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik gesehen, da die G20-Treffen immer wieder die Schwächen der Verhandlungsposition Europas deutlich machen.

Materialien des Wissenschaftsschwerpunktes
“Globalisierung der Weltwirtschaft”

( previously published volumes with the main focus on
“Globalisation of the World Economy”)

Bd. 1
Heise, Arne:
Die Internationalisierung der Bremer Wirtschaft, 1991. 85 S.

Bd. 2 (vergriffen)
Rimkus, Holger:
Außenhandel über die Bremer und Hamburger Häfen nach der Wiedervereinigung, 1993.
101 S.

Bd. 3 (vergriffen)
Gößl, Manfred M.:
Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR): Politökonomische Begründung und inhaltliche Analyse eines pragmatischen Konzepts für die gesamteuropäische Wirtschaftsintegration, 1995. 84 S.

Bd. 4 (vergriffen)
Fischer, Jürgen:
Dynamische Märkte in der Weltwirtschaft und internationale Unternehmenstätigkeit,
1995. 199 S.

Bd. 5
Meyer, Ralf/Kottisch, Andreas:
Das „Unternehmen Stadt“ im Wettbewerb: Zur Notwendigkeit einer konsistenten City Identity am Beispiel der Stadt Vegesack, 1995. 48 S.
Bd. 6

**Ryzhenkow, Alexander V.:**
*Technology Policy for a future-oriented Social Market Economy in Russia*, 1995, 69 S.

Bd. 7

**Kottisch, Andreas/Meyer, Ralf:**
*Das Unternehmen als soziales System: Zur Notwendigkeit einer ganzheitlichen Betrachtungsweise*, 1995. 52 S.

Bd. 8

**Gößl, Manfred M./Lemper, Alfons:**

Bd. 9

**Sell, Axel:**
*Investition und Finanzierung unter besonderer Berücksichtigung der Planung und Bewertung von Projekten (in Russisch)*, 1996. 186 S.

Bd. 10

**Meyer, Ralf/Vosding, Henriette:**
*Die Analyse der touristischen Nachfrage für Bremen (Stadt)*, 1997. 76 S.

Bd. 11

**Wiegand, Maren/Wohlmuth, Karl:**
Bd. 12
**Bass, Hans-Heinrich:**
*J. A. Schumpeter. Eine Einführung, (Gastvorlesungen an der Aichi-Universität, Toyohashi / Japan)*, 1998. 58 S.

Bd. 13
**Sell, Axel:**
*Formen der Internationalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten*, 1998. 116 S.

Bd. 14
**Ermentraut, Petra:**
*Standortmarketing als Element einer ganzheitlichen Stadtmarketing-Konzeption – Eine Bewertung des Wirtschaftsstandortes Bremen durch ansässige Unternehmen*, 1998. 78 S.

Bd. 15
**Wauschkuhn, Markus:**
*Strukturwandel und standortpolitischer Handlungsbedarf im Land Bremen*, 1998. 38 S.

Bd. 16
**Stehli, Henning:**

Bd. 17
**Gutowski, Achim:**

Bd. 18
**Feldmann, Alfred:**
*Die Wohlfahrtsökonomie von Amartya Sen und ihr Einfluss auf die Messung von Entwicklung*, 2000. 83 S.
Bd. 19

Bd. 20
Sell, Axel/Birkemeyer, Holger/Ignatov, Andrej/Schauf, Tobias: Modernisation of Enterprises - A Literature Review, 2000, 81 S.

Bd. 21

Bd. 22
Knorr, Andreas/Arndt, Andreas: Successful Entry Strategies on the Deregulated US Domestic Market – the Case of Southwest Airlines, 2002, 33 S.

Bd. 23
Knorr, Andreas/Arndt, Andreas: ‘Noise wars’: The EU’s ‘Hushkit Regulation’ Environmental Protection or ‘Eco’-protectionism?, 2002, 24 S.

Bd. 24
Knorr, Andreas/Arndt, Andreas: Why did Wal-Mart fail in Germany?, 2003, 28 S.

Bd. 25
Knorr, Andreas/Arndt, Andreas: Wal-Mart in Deutschland – eine verfehlte Internationalisierungsstrategie, 2003. 30 S.
Bd. 26
**Reker, Christoph:**
*Direktinvestitionstheorie: Stand und Potenzial der Ursachenforschung*, 2003, 47 S.

Bd. 27
**Schütt, Florian:**
*The Importance of Human Capital for Economic Growth*, 2003, 59 S.

Bd. 28
**Knorr, Andreas/Arndt, Andreas:**
*Swissair’s Collapse – An Economic Analysis*, 2003, 18 S.

Bd. 29
**Wohlmuth, Karl:**
*Belarus, die EU-Osterweiterung und die Transformation in der Russischen Föderation. Wie wird der Transformationsprozess von Belarus international bewertet?*, 2004, 21 S.

Bd. 30
**Yun, Chunji:**
*Rise of the Chinese Economy and East Asian FTA - Japan’s Strategic Change and Continuity*, 2004, 37 S.

Bd. 31
**Knorr, Andreas:**
*Antidumping rules vs. competition rules*, 2004, 15 S.

Bd. 32
**Knorr, Andreas**
*Will Eastern Enlargement Force the EU to Fundamentally Reform its Common Agricultural Policy (CAP)?*, 2004, 14 S.

Bd. 33
**Yun, Chunji**
*Production Network Development in Central/Eastern Europe and Its Consequences*, 2004, 52 S.
Bd. 34
**Eichinger, Andreas/Knorr, Andreas:**
*Potential and Limitations of Air-rail Links – A General Overview*, 2004, 13 S.

Bd. 35
**Freiling, Jörg:**
*Research on Entrepreneurship Development in Germany: What are the Lessons for Developing Countries?*, 2005, 19 S.

Bd. 36
**Knorr, Andreas:**
*Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung – einige grundsätzliche ordnungstheoretische Anmerkungen*, 2005. 21 S.

Bd. 37
**Sell, Axel**
*Corporate Planning, Global Management Tools: An Introduction to Standardised Middle and Long-Term Corporate Planning*, 2006, 113 S.

Bd. 38
**Sell, Axel**
Аксель Зелль: Корпоративное планирование: стандартизированное управление планирования в долгосрочной и краткосрочной перспективе, в русской языке,
(nur als hard copy erhältlich), 2006. 113 S.

Bd. 39
**Bauer, Erich/Liu, Yanli:**
*Segmenting the Chinese Consumer Goods Market – A Hybrid Approach*, 2006, 82 S.
Bd. 40
**Wohlmuth, Karl/Dorow, Katrin/Urban, Tino (Eds.):**
*Reconstructing Economic Governance after Conflict in Resource-Rich African Countries, Learning from Country Experiences, 2008, 320 S.*

Bd. 41
**Wohlmuth, Karl:**